

# Fair schlichten statt langwierig richten

Justiz, Unternehmen und Verbände unterzeichnen Erklärung

**Kiel.** Auf dem Weg zu einer neuen Streitkultur: Als erster deutscher Vertreter seiner Zunft hat Schleswig-Holsteins Justizminister Emil Schmalfuß gestern gemeinsam mit Vertretern von Unternehmen, Verbänden und Institutionen im Kieler Landeshaus eine Grundsatzerklärung unterschrieben, die ein Bekenntnis zur außergerichtlichen Konfliktlösung ist.

Von Carola Jeschke

Die sogenannten „Conflict Policy Codices“ sind kurz gefasste Grundsatzklärungen, in denen sich die Unterzeichner freiwillig dafür aussprechen, im Falle eines Konfliktes alternative Schlichtungsmethoden „ernsthaft in Betracht zu ziehen“. Nach Angaben des Justizministeriums haben bereits rund 70 Unternehmen auf diese Art ihren Willen bekundet, langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren nach Möglichkeit zu umgehen. „Meine langjährigen Erfahrungen als Richter und Mediator haben mir gezeigt, dass viele Gerichtsverfahren durchaus vermeidbar wären, wenn die Parteien sich mit Hilfe vermittelnder Dritter im Vorfeld um eine einverständliche Lösung bemüht hätten“, sagte Schmalfuß. In Zukunft gelte auch für das Justizministerium, dass vor einer Anrufung der Gerichte zunächst die Möglichkeit von Mediation und anderen Konfliktlösungsmethoden geprüft werde. Dies sei „eine der wichtigsten rechtspolitischen Aufgaben der Gegenwart“, betonte der Minister.

Zu den Unterzeichnern gehören unter anderen das Uni-

versitätsklinikum Schleswig-Holstein, die Christian-Albrechts-Universität Kiel, der Sparkassen- und Giroverband, die Reederei Color Line, die Kieler Verkehrsgesellschaft und die Apothekerkammer Schleswig-Holstein. „Wir praktizieren die außergerichtliche Konfliktlösung schon seit vielen Jahren“, sagte Frank Jaschkowski, Geschäftsführer der Apothekerkammer. Sie sei ein geeignetes Instrument, um langwierige Prozesse zu vermeiden. Die „Conflict Policy Codices“ könnten das Thema auch gesellschaftlich relevanter machen. So sieht es auch Wolfgang M. Weißleder, Vorsitzender des schleswig-holsteinischen Anwalts- und Notarverbandes. Die öffentliche Erklärung ist in seinen Augen „eher plakativer Art“.

Für Anwälte sei die außergerichtliche Einigung nach Möglichkeit immer die erste Wahl – und das nicht erst seit gestern. Bereits jetzt gebe es ein breites Angebot von Verfahren und Ansprechpartnern, wie Schlichtungs- und Gütestellen der Kammern und Verbände, Schiedsämter oder Mediatoren.

Der Sparkassen- und Giroverband hat nach Angaben von Sprecher Alf Gerrit Christansen bereits seit 1996 eine Schlichtungsstelle für seine Mitgliedssparkassen eingerichtet. „Wir unterstützen derartige Verfahren, weil sie deutlich schneller und flexibler als formale Gerichtsverfahren ablaufen. So können zum Beispiel auch konstruktive Vorschläge unterbreitet werden, was in Gerichtsverfahren weniger möglich ist.“ So sieht das auch CAU-Vizepräsidentin Birgit Friedl: „Wir wollen auch dort Vorbild sein, wo wir im Streit mit anderen liegen.“ Die Conflict Policy Codices seien dabei hilfreiche Leitlinie und nützliches Instrument.



Vertreter von Unternehmen und Verbänden unterschrieben die Erklärung – hier Landwirtschaftskammerpräsident Claus Heller (Mitte) mit Angela Kaschewski von der Gesellschaft zur Förderung der „Conflict Policy Codices“ in Europa und Justizminister Emil Schmalfuß. Foto eis

Vier Verletzte bei Lastwagenunfall auf der A23